

Das stärkste Pro-Argument und das stärkste Contra-Argument

«Bei einem Nein wird das gesamte Massnahmenpaket nicht umgesetzt, auch jene Massnahmen, die von den Referendumswerbern für gut befunden werden. Damit bleiben die Probleme der staatlichen Pensionskasse weiterhin ungelöst und das Risiko zukünftiger Sanierungsmassnahmen steigt.»



«Nicht das Parlament oder die Regierung, sondern das Volk soll entscheiden, ob das 2014 gewährte Darlehen der SPL nun überlassen werden soll. Schliesslich war dieses Darlehen bei der Volksabstimmung von 2014 ein ganz wichtiger Punkt.»



0% 10% 20% 30% 40% 50% 60% 70% 80% 90% 100%
Anteil (in %)

■ überhaup nicht einverstanden ■ eher nicht einverstanden □ weiss nicht
■ eher einverstanden ■ voll und ganz einverstanden

Quelle: Liechtenstein-Institut; Grafik: Stefan Aebi

Alle vier Pro-Argumente, die in der Umfrage angeführt wurden, stiessen auf eine mehrheitliche Zustimmung in ähnlichem Ausmass. Am meisten Rückhalt mit beinahe zwei Dritteln der Teilnehmenden (64 Prozent) gab es für das Motiv, dass bei einem Nein das gesamte Massnahmenpaket beerdigt wird. Die Lösung der Angelegenheit wäre somit verschoben auf einen Zeitpunkt, in welchem die Lage prekärer wäre. Dies, obwohl einige Aspekte des Massnahmenpakets auch von den Kritikern der Vorlage klar befürwortet werden – allen voran die Umverteilung zu Ungunsten der Aktivversicherten zu den Rentnern hin. Für die Befürworter war

das Ja eine Solidaritätsbekundung für die Landesangestellten, die nichts für die aktuell angespannte Lage bei der SPL können. Der Staat sei als Arbeitgeber in der Pflicht zu handeln, indem er finanzielle Mittel einschiesst und auf eine Rückzahlung des Darlehens verzichtet.

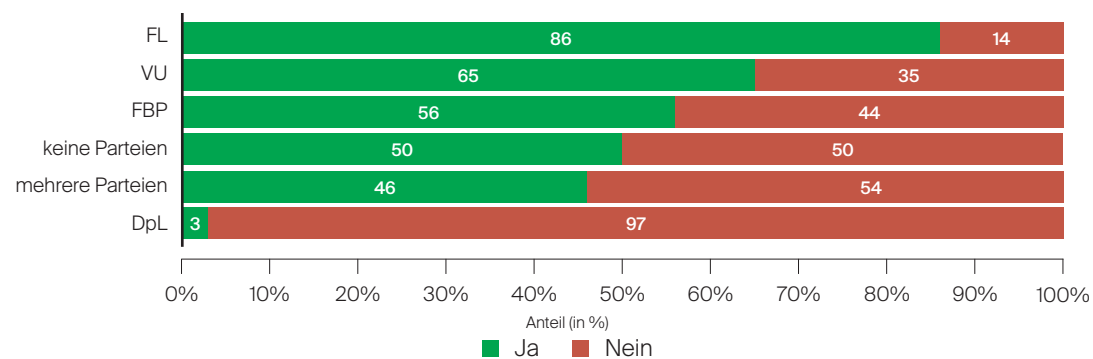
Nur zwei der vier Kontra-Argumente erhielten eine mehrheitliche Zustimmung. Erstens, dass das Volk in dieser Angelegenheit entscheiden soll (55 Prozent). Zweitens könne es nicht sein, dass man der staatlichen Pensionskasse wegen zu hoher Rentenversprechen erneut aus helfen soll (53 Prozent). Mit den Motiven, dass die SPL aufgrund

des Deckungsgrads von über 100 Prozent gar nicht auf das 2014 gewährte Darlehen angewiesen wäre (49 Prozent) und der Einsatz von Steuergeldern eine ungerechte Ungleichbehandlung gegenüber anderen Pensionskassen darstellt (48 Prozent), ist die Mehrheit knapp nicht einverstanden. Nach der Niederlage hat das Referendumskomitee eine weitere Abstimmung in Aussicht gestellt, falls sich die Politik nicht zeitnah darum kümmert, dass «das Spezialgesetz für die staatliche Pensionskasse unnötig wird und alle Arbeitnehmer und Rentner dem gleichen Pensionskassengesetz unterstellt sind». (gk)



Die Argumente von Regierungschef Daniel Risch hatten bei der SPL-Abstimmung ein besonders hohes Gewicht, weil es sich um eine anspruchsvolle Sachfrage handelte. Bild: Nils Vollmar

Trotz Dementi: Referendum wurde als Vorstoss der DpL wahrgenommen



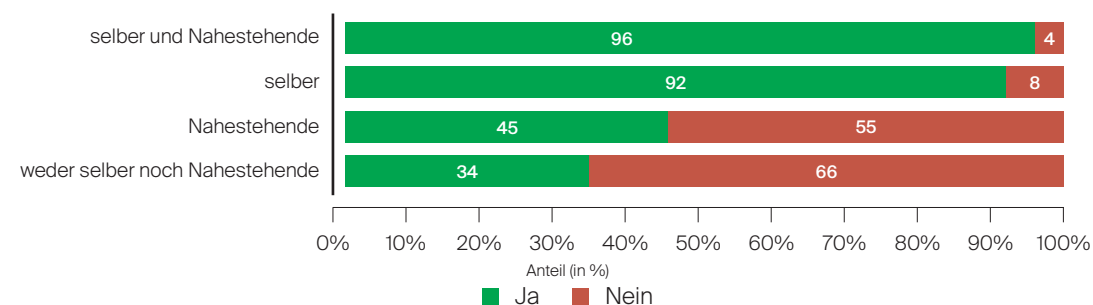
Quelle: Liechtenstein-Institut; Grafik: Stefan Aebi

Angestossen wurde das Referendum vom DpL-Abgeordneten Herbert Elkuch. Daher war zu erwarten, dass vor allem Anhänger dieser Partei Nein stimmen. Überraschend ist eher die Deutlichkeit, mit der sie das getan ha-

ben. Mit 97 Prozent waren fast alle DpLer gegen das Massnahmenpaket der Regierung. Gespalten zeigen sich jene, die sich keiner Partei zugehörig fühlen, mit jeweils 50 Prozent. Am meisten Zustimmung erhielt die Vorla-

ge bei FL-Anhängern (86 Prozent). Auch bei den Grossparteien VU (65 Prozent) und FBP (56) stimmte eine Mehrheit Ja. Somit sind die Sympathisanten den jeweiligen Wahlempfehlungen ihrer Partei gefolgt. (gk)

Wer selbst bei der SPL versichert ist, warf ein Ja in die Urne



Quelle: Liechtenstein-Institut; Grafik: Stefan Aebi

Über 4600 Versicherte sind der staatlichen Pensionskasse angeschlossen, wovon viele auch selbst abstimmen konnten. Es liegt auf der Hand, dass sich diese – abgesehen von wenigen Ausnahmen – für eine SPL-Neuausrichtung ausgesprochen haben, weil durch das Massnah-

menpaket ihre Pensionsvorsorge auf stabileren Beinen steht. Die Angestellten der Landesverwaltung und der angeschlossenen öffentlichen Betriebe haben auch im persönlichen Umfeld stark für ein Ja «geweiht». Allerdings nicht erfolgreich: Eine Mehrheit der Nahestehen-

den hat Nein gestimmt (55 Prozent). Der starke Einfluss der persönlichen Betroffenheit zeigt sich auch auf der Gegenseite: Wer weder selbst bei der SPL versichert ist, noch Nahestehende in der staatlichen Pensionskasse hat, lehnte die Vorlage mit 66 Prozent deutlich ab. (gk)

Regierung hat mehr Einfluss, wenn das Thema komplex ist

Fast die Hälfte der Befürworter einer Neuausrichtung der staatlichen Pensionskasse gibt in der Onlineumfrage des Liechtenstein-Instituts an, dass die Regierungsposition wichtig für ihre Meinungsbildung war.

Gary Kaufmann

Der SPL-Abstimmung hat bei der Umfrage des Liechtenstein-Instituts nach dem Ergänzungskredit für das Landesspital den zweithöchsten Bedeutungswert von allen Vorlagen seit 2022 erhalten. Dies, obwohl die Stimmbeteiligung (60,3 Prozent) wie auch die Teilnahme an der Onlinebefragung (n=613) verglichen zu sonstigen Abstimmungen ziemlich gering war. Ein Faktor war die Komplexität der Vorlage. So werden Vorsorgelaien Mühe mit Fachwörtern wie «technischer Zinssatz» und «Beitragsprimat» haben. Für Thomas Milic, Forschungsleiter Politik am Liechtenstein-Institut, deutet auch das Anlehnen an die Meinung relevanter Akteure darauf hin, dass vielen Stimmbürgern die Materie zu anspruchsvoll war. «Auf Empfehlungen greift man üblicherweise dann zurück, wenn die Sachfrage komplexer Natur ist.» Profiteur dieses Phä-

nomens ist in diesem Fall die Regierung. Ihre Empfehlung war beinahe für ein Drittel der Stimmberechtigten (29 Prozent) «ein wichtiger Referenzpunkt bei der Meinungsbildung». Höher war dieser Wert zuletzt nur bei der IWF-Abstimmung (36 Prozent), wobei es sich ebenfalls um ein komplexes Thema handelte. Weiter lassen sich bei der aktuellen Abstimmung Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen in Institutionen wie die Regierung und dem Stimmscheid feststellen. Dazu fasst Milic zusammen: «Je höher das Vertrauen ist, desto eher wurde die Vorlage angenommen.» Überdurchschnittlich viele, über ein Fünftel der Stimmberechtigten (22 Prozent), liessen sich von der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL) beeinflussen.

Nur ein Viertel erachtet Radio-Beiträge als wichtig

Eine relevante Rolle in der Meinungsbildung nehmen auch die

Informationskanäle ein. Am meisten Einfluss auf die Entscheidungen hatten demnach persönliche Gespräche, die für drei Viertel der Stimmbürger eher wichtig oder wichtig waren. Dahinter folgen redaktionelle Beiträge sowie Interviews dieser Zeitung, dem «Liechtensteiner Vaterland» (62 Prozent), die Abstimmungsbroschüre der Regierung (53 Prozent) sowie Informationen der SPL (45 Prozent).

Die geringste Relevanz bei dieser Abstimmung von allen grösseren Medien in Liechtenstein hatte Radio Liechtenstein (25 Prozent). Einen schlechteren Wert erhielten nur Inserate in den Zeitungen (20 Prozent) sowie andere Zeitungen als das «Vaterland» (13 Prozent). Sendungen von 1FLTV (31 Prozent), Leserbriefe (30 Prozent) und Kampagnenbroschüren sowie Flugblätter in den Briefkästen (29 Prozent) wurden für wichtiger befunden.

Hinweis Abstimmungsumfrage

n=613, Daten gewichtet, Fehlermarge +/-4 Prozentpunkte, für kleinere Subgruppen, beispielsweise Anhängerschaften der Grossparteien (n= ca. 200), wächst die Fehlermarge auf +/-7 Prozentpunkte.